

# **Bundeshaushalt 2010**

## **Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Rainer Brüderle, anlässlich der Einbringung des Bundeshaushalts am 21. Januar 2010 im Deutschen Bundestag**

Datum: 21.1.2010

Ort:

Berlin, Deutscher Bundestag

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Wachstum in Deutschland ist zurückgekehrt.

Der Welthandel hat seine Lethargie überwunden - vor allem dank der Dynamik in Teilen Asiens.

Davon profitiert die Exportnation Deutschland.

Die Auftragsbücher füllen sich allmählich wieder. Die Zuversicht kehrt zurück.

Aber das möchte ich auch sagen: Wir werden zwei bis drei Jahre brauchen bis wir das Wohlstandsniveau von 2008 wieder erreicht haben.

Es gibt jedoch ermutigende Signale.

Der Arbeitsmarkt ist erstaunlich robust. Von Horrorszenarien sind wir weit entfernt.

Die (Netto-)Reallöhne steigen das erste mal seit fünf Jahren wieder.

Die Menschen haben mehr Netto im Geldbeutel.

Deshalb mein Appell an die Tarifpartner: Handeln Sie verantwortungsvoll. Jetzt geht es zunächst um Sicherung der Beschäftigung. Da sind maßvolle Tarifabschlüsse wichtig.

Überzogene Lohnforderungen gefährden das zarte Konjunkturpflänzchen.

Wir legen den ersten Bundeshaushalt der liberal-christlichen Koalition vor.

Er steht noch im Zeichen des historischen Wachstumseinbruchs aus dem letzten Jahr.

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise rechtfertigt die enorme Neuverschuldung.

Ab dem nächsten Jahr brauchen wir eine Exit-Strategie. Das heißt: Raus aus der massiven Beteiligung des Staates. Runter mit den Ausgaben. Runter mit der Staatsverschuldung.

Der neuen Regierung geht es jetzt um Wachstum, Leistung und Beschäftigung. Wir wollen Deutschland in die geordneten Bahnen der Sozialen Marktwirtschaft zurückführen.

Als erstes haben wir die Familien mit Kindern entlastet.

Hart arbeitende Mütter und Väter bekommen mehr Netto. Sie haben es sich verdient. Familien sind für uns Leistungsträger.

Die liberal-christliche Koalition hat dafür gesorgt: Im Erbrecht werden Bruder und Schwester nicht mehr wie Fremde behandeln.

Familienmitglieder, die sogar über den Tod hinaus füreinander einstehen wollen, sollten nicht durch

den Fiskus bestraft werden.

Steuerpolitik ist auch Gesellschaftspolitik.

Bei der Steuerpolitik geht es nicht nur um die konkreten Entlastungen. Es geht auch um das Verhältnis zwischen Staat und Bürger.

Wir wollen keinen sozialen Untertanen. Wir wollen freie, mündige Bürger.

Die Menschen wissen selbst am besten, was sie mit ihrem Geld machen wollen. Eine vernünftige Steuerpolitik ist immer auch Freiheitspolitik.

Eines ist in der Koalition allen klar: Wir werden sparen müssen.

Im Haushalt des BMWI gibt es übrigens schon ein leichtes Signal zur Konsolidierung.

Gegenüber dem ersten Regierungsentwurf sinkt dieser Einzelhaushalt.

Eines ist auch klar: Wir werden nicht den Versuch machen, über Steuererhöhungen den Haushalt zu sanieren.

Durch Wachstum sanieren und durch Sanieren wachsen ist unsere Konsolidierungsstrategie.

Steuersenkungen und Haushaltssanierung sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.

Ohne Wachstum gibt es keine Konsolidierung.

Aber es gilt eben auch: Ohne Konsolidierung gibt es weniger Wachstum.

Sozialdemokratische Finanzminister haben 250 Milliarden Euro Schulden gemacht. Da ist die Erblast aus diesem Jahr nicht mitgerechnet.

Zu oft wurde dabei probiert, den Haushalt über Steuererhöhungen zu sanieren. Gelungen ist es nicht.

Jetzt wärmt die SPD den alten Vorschlag für eine Vermögenssteuer wieder auf. Die Sozialdemokraten wollen den Unternehmen an die Substanz.

Wir haben das Gegenteil gemacht: Wir haben die Besteuerung der Unternehmenssubstanz entschärft.

Bei der Unternehmenssteuer beseitigen wir die größten Schnitzer. Ich nenne als Stichworte: Zinsschranke und Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer.

Auch die Erbschaftssteuer wird mittelstandsfreundlich verändert.

Die Voraussetzungen für eine steuerliche Verschonung des Betriebsvermögens werden deutlich verbessert. Damit erleichtern wir den Betriebsübergang.

Alles das ist konkrete Politik für den Mittelstand.

Der Mittelstand muss weiter investieren können.

Manchmal geht es derzeit um überlebensnotwendige Liquidität.

Es darf keine Kreditklemme geben.

Hier sind zunächst die Banken in der Verantwortung.

Das Bundeswirtschaftsministerium hilft den Unternehmen mit dem "Wirtschaftsfonds Deutschland".

Der Fonds hat schon über 10.000 Unternehmen unterstützt. Das hat geholfen, über 200 000 (wettbewerbsfähige) Arbeitsplätze zu sichern. Und da sind die Auswirkungen der KfW-Hilfen noch gar nicht mitgerechnet. Das ist ein guter Erfolg.

Über 50 % der Kreditsumme entfällt dabei auf die mittelständischen Unternehmen.

Wir gehen noch weiter. Stichwort Kreditmediator.

Aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums wird der Arbeitsstab finanziert. Das ist gut angelegtes Geld.

Der Mediator kann Mittelständler und Banken zusammenbringen.

Er soll ein unabhängiger Partner von Banken und Unternehmen sein. Er wird zwischen ihnen vermitteln. So können Angebot und Nachfrage besser zusammenkommen.

Ich war übrigens erstaunt über die vereinzelt Kritik aus der SPD. Immerhin stand die Forderung nach einem Kreditmediator im Deutschlandplan des Kanzlerkandidaten. Manchmal habe ich den Eindruck: Teile der SPD vergessen in 11 Wochen, was sie 11 Jahre lang in der Regierung zu verantworten hatten.

Meine Damen und Herren,

Der neue Haushalt des BMWI steht unter der Überschrift: Zukunft, Technologie und Innovation.

2, 3 Milliarden Euro fließen in die Technologieförderung.

Wir geben mehr Geld für Forschung und Entwicklung aus als für Kohlehilfen.

Wir investieren in helle Köpfe statt in dunkle Schächte. Wir investieren in die Zukunft und nicht die Vergangenheit.

Wenn Deutschland auch künftig Spitze sein will, müssen wir unser Wachstumspotential steigern. Das geht nur mit technischem Fortschritt.

Zwei Technologiebereiche des Bundeswirtschaftsministerium möchte ich besonders herausstellen: IKT und Elektromobilität.

Bei beiden geht es um Vernetzung, um Infrastruktur, um neue Wertschöpfungsketten.

Das A und O bei IKT ist der Breitbandausbau. Heute braucht ein Gewerbegebiet nicht nur eine gute Verkehrsanbindung, es braucht auch schnelles Internet.

Die Erwartungen an die Telekommunikationsunternehmen sind entsprechend groß. Die weißen Flecken auf der Breitband-Landkarte müssen beseitigt werden. Die Bundesregierung flankiert hier mit Geld und mit dem Auktionsverfahren für freiwerdende Frequenzen.

Daneben geht es um neue Anwendungen.

Für Informations- und Kommunikationstechnologien sind im Bundeswirtschaftsministerium sind 118 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 33 Millionen mehr als 2009.

Elektromobilität ist ein weiteres Kernthema.

Deshalb stellt die Bundesregierung 500 Millionen Euro zum Themenschwerpunkt Mobilität bereit.

Elektromobilität ist weit mehr als der Ersatz des Verbrennungsmotors durch einen Elektromotor. Wir brauchen neue Schnittstellen zwischen Stromnetz und Auto.

Darin liegen große Chancen für unsere Industrie.

Von der Elektromobilität kann ein Innovationsschub für viele Bereiche ausgehen.

Das Wirtschafts- und das Verkehrsministerium werden in Kürze eine Gemeinsame Geschäftsstelle "Elektromobilität" eröffnen. Da kommt zusätzlicher Zug in das Thema.

Unser Ziel sind 1 Million Elektrofahrzeuge in Deutschland im Jahr 2020.

Mit Innovation, Mittelstand und Technologie können gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Ich bitte Sie in den Haushaltsberatungen um Ihre Unterstützung.